

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 8

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

FÜHRUNGSWECHSEL IN MOSKAU UND LONDON

In den Abendstunden des 15. Oktobers, als in Großbritannien eben noch die letzten Wähler zur Urne gingen, um ihr Parlament neu zu bestellen, lancierte Moskau die Nachricht vom *Rücktritt Ministerpräsident Chruschtschew*. Der Augenblick der Bekanntgabe war zweifellos bewußt gewählt worden. Wenige Stunden früher, und die sensationelle Meldung vom Umsturz im Kreml hätte den Ausgang der britischen Wahlen noch beeinflussen und den Konservativen im letzten Augenblick Auftrieb geben können. So aber blieb der Führungswechsel in Moskau ohne Rückwirkungen auf den Entscheid des britischen Wählers, obwohl — wenn man den Angaben der offiziellen sowjetischen Mitteilung folgen will — Chruschtschew bereits am 14. Oktober, also am Tag vor den Unterhauswahlen, von seinen Partei- und Regierungsämtern entbunden worden ist.

Rücktritt oder Sturz?

Die Meldung vom Sturz Chruschtschews kam völlig überraschend. Der Ministerpräsident hatte noch wenige Tage zuvor den französischen Minister *Palewski* am Schwarzen Meer empfangen. Von einer Rückkehr Chruschtschews nach Moskau war nichts bekannt geworden; allgemein hatte man angenommen, er werde auf seiner Rückreise in *Saratow* Station machen, um dort nach üblichem Zeremoniell die drei Kosmonauten zu empfangen, die am 12. und 13. Oktober während 24 Stunden gemeinsam im Weltraum gekreist hatten. Tatsächlich hatte sich aber Chruschtschew vom Schwarzen Meer direkt nach der sowjetischen Hauptstadt zur Sitzung des Zentralkomiteeplenums begeben, in welchem seine Ablösung von den höchsten Staats- und Parteiämtern beschlossen wurde.

Es gehört zur Technik der Informationspolitik totalitärer Systeme, daß über wichtige Änderungen in der Führungsspitze des

Regimes ein Schleier des Geheimnisses gebreitet wird. Auch über die entscheidende Sitzung des Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 14. Oktober wurden *keine Einzelheiten* bekannt. Nach offizieller Lesart handelte es sich um einen «normalen» Vorgang: der Partei- und Regierungschef, so heißt es in der amtlichen Mitteilung, habe «im Hinblick auf sein hohes Alter und die Verschlechterung seines Gesundheitszustandes» seine *Demission* eingereicht, die vom ZK-Plenum anschließend gutgeheißen wurde. Anschließend schritt man sofort zur Bestimmung des Nachfolgers. *Leonid Breschnew*, schon seit Monaten als präsidenter Erbe Chruschtschews genannt, übernahm das Amt des Ersten Generalsekretärs der Partei; am Tag darauf bestimmte das Präsidium des Obersten Sowjet, das unter dem Vorsitz Mikojans zusammengetreten war, *Alexei Kosygin* zum neuen Ministerpräsidenten. Nach außen hin konnten die Formen einer korrekten Wachtablösung und Verjüngung der Führung gewahrt werden.

Es besteht heute schon kein Zweifel daran, daß dieses offizielle Bild eines normalen Regierungswechsels *propagandistisch verfälscht* ist. Chruschtschew hat seine Machtpositionen keineswegs freiwillig geräumt; er ist zum Rücktritt *gezwungen* worden. Auch wenn man die Kräfte, die ihn stürzten, noch nicht klar zu erkennen vermag und die neue Führergarnitur im Kreml alles tut, um der Welt Sand in die Augen zu streuen, ist es sicher, daß Chruschtschews Widersacher in Moskau triumphiert haben. Darüber kann auch die Auswahl der Nachfolger nicht hinwegtäuschen, die beide im Schatten Chruschtschews und dank seiner Gunst groß geworden sind, und auch die eilfertigen Versicherungen über die Weiterführung des bisherigen politischen Kurses, welche die Sowjetunion durch ihre diplomatischen Vertreter in zahlreichen Hauptstädten überreichen ließ, haben nur geringe Überzeugungskraft. Chruschtschews

Sturz schließt ein Kapitel der nachstalinistischen Ära der Sowjetunion, und es bleibt vorläufig noch dunkel, wohin der neue Kurs führen wird.

Chruschtschews erschütterte Stellung

Wenn auch Chruschtschews Abgang in seiner unmittelbaren Plötzlichkeit überraschend kam, hatten sich doch seit Monaten die Symptome gehäuft, die darauf schließen ließen, daß die Stellung des Partei- und Regierungschefs erschüttert war. Innenpolitisch hatte er die hochgesteckten Ziele auf Erhöhung des Lebensstandards, die er unmittelbar nach Erringung der unumschränkten Macht vor sechs Jahren verkündet hatte, auch nicht entfernt erreicht. Mißernten und die ständige Reorganisation der Wirtschaftsplanung führten zu stets neuen Versorgungskrisen. Außenpolitisch hatte Chruschtschew die Sowjetunion in das *kubanische Abenteuer* geführt, das mit einem unverhüllten Rückzug und einem schweren Prestigeverlust Moskaus geendet hatte. Noch schwerwiegender war der offene Ausbruch des *Konfliktes mit China*, der Rußland nicht nur in seiner außenpolitischen Manövrierfähigkeit entscheidend einengte, sondern zugleich innerhalb der ganzen kommunistischen Weltbewegung heftige Kämpfe auslöste. Die *Spaltungstendenzen* griffen überall um sich — unter der Herrschaft Chruschtschews hat Moskau den Primat in der Führung des Weltkommunismus, den es bis zu Stalins Tod uneingeschränkt besessen hatte, in kürzester Frist eingebüßt. Diese schwingende ideologische Machtstellung wiederum blieb nicht ohne Rückwirkungen auf die von Rußland beherrschten Satellitenländer Osteuropas; nur dank dieser Schwächung Moskaus gewannen einzelne Staaten — wie Rumänien — genügend Bewegungsfreiheit, um den Befehlen des Kremls Widerstand entgegensetzen zu können.

Die Stufen zur Macht

Die Ära Chruschtschew hat, wenn man den Tod Stalins an ihren Anfang setzen will, etwas mehr als ein Jahrzehnt gedauert. Nach

dem bewährten Vorbild des von ihm bald verfeimten und von seinem historischen Podest gestürzten Vorgängers hat Chruschtschew sich die Macht in zähen Kämpfen stufenweise errungen: zunächst unter dem Slogan der «kollektiven Führung», welche die Illusion einer Art *Demokratisierung des Regimes* erwecken sollte. Diese Täuschung konnte nicht lange aufrechterhalten werden. Schon wenige Monate nach Stalins Tod entledigte sich das Führungskollektiv des Geheimdienstchefs und Innenministers *Beria*; zwei Jahre später stürzte *Malenkov*, der bei der Ämterverteilung den Ministerpräsidentenposten erhalten hatte, während Chruschtschew als Erster Parteisekretär von allem Anfang an sich die zentrale Machtstellung gesichert hatte. Im Sommer 1957 — vier Jahre nach Stalins Tod — platzte die kollektive Führung endgültig; Molotow, Malenkov und Kaganowitsch wurden als «Partei-feinde» entlarvt und in die Verbannung geschickt, kurz darauf wurde auch Verteidigungsminister *Schukow* von seinem Posten entfernt, und im März 1958 krönte Chruschtschew seinen Triumph über seine Gegner mit der *Entlassung Bulganins*, der 1955 Malenkov als Ministerpräsident gefolgt war. Chruschtschew vereinigte nun in seiner Hand, wie schon Stalin, das Amt des Partei- und des Regierungschefs. Aus der «kollektiven Führung» war erneut eine Einmannherrschaft geworden.

Wird das Spiel nun von vorn beginnen? Die erste sichtbare Maßnahme der neuen Herren im Kreml ist die *Auflösung der Machtkonzentration* in der sowjetischen Führungsspitze. Parteisekretariat und Ministerrat erhielten wieder verschiedene Chefs. Eine neue «kollektive Führung» ist das freilich noch nicht; Breschnew, als Erster Parteisekretär ohnehin in der stärkeren Position, ist zweifellos im gegenwärtigen Augenblick der starke Mann im Kreml und wahre Nachfolger Chruschtschews. Ob er diese Stellung zu behaupten versteht oder in kurzer Zeit von tatsächlichen Arrangeuren des Umsturzes vom 14. Oktober ersetzt werden wird, wagt wohl noch niemand zu prophezeien.

Dem Westen aber hat der abrupte Szenenwechsel im Kreml erneut gezeigt, wie labil

die Machtverteilung in einem totalitären Regime ist und wie schwierig es auch in Zukunft sein wird, mit einem Staat zu verhandeln, dessen führende Männer von einem Tag auf den andern in der Versenkung verschwinden und durch Leute ersetzt werden, deren Pläne und Absichten so gut wie unbekannt sind. Die mit viel propagandistischem Aufwand betriebene Politik der «Entspannung», deren Fragwürdigkeit für jeden Einsichtigen von Anfang an feststehen mußte, ist über Nacht in eine Krise geraten. Ihr einziger greifbarer Erfolg, das Moskauer Teststoppabkommen vom 5. August 1963, ist durch die Explosion der *ersten chinesischen Atombombe* weiter entwertet worden. Eine Wiederannäherung Rußlands an China, die nach den neuesten Ereignissen wohl zu erwarten ist, dürfte den Teststoppvertrag endgültig zum toten Buchstaben machen. Die Bilanz der «Entspannungs»-Politik jedenfalls ist für den Westen keine erfreuliche.

Labours Sieg

Der Zufall hat es gewollt, daß gleichzeitig mit dem Umsturz in Moskau auch in Großbritannien — hier freilich nach streng demokratischen Spielregeln — ein Führungswechsel stattfand. Man darf hier ruhig von Zufall sprechen, denn die Labourpartei, die nun nach dreizehn Jahren der Opposition wieder ihren Leader in die Downing Street entsenden kann, hat nur einen Sitz über die absolute Mehrheit hinaus erhalten. Ihr Vorsprung gegenüber den Konservativen beträgt 13 Mandate, was für eine einigermaßen sichere Majorität im Parlament ausreichen sollte. Stimmen die Liberalen mit den Konservativen, so schmilzt Labours Übergewicht auf vier Abgeordnete zusammen. Damit läßt sich auf die Dauer keine Regierung vor einem Mißtrauensvotum retten, und bereits werden Erinnerungen an die Jahre 1950/51 wach, als die Labourpartei in ähnlicher Stärke im Unterhaus von der Opposition unter der angrißigen *Führung Churchills* von Abstimmung

zu Abstimmung gejagt wurde, bis Premierminister Attlee schließlich nichts anderes übrigblieb, als nach anderthalbjähriger Legislaturperiode das Unterhaus wieder aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Die Situation von heute läßt sich allerdings mit jener von 1950/51 nur bedingt vergleichen. Damals waren die Konservativen vom Willen beseelt, wieder an die Macht zu kommen, die sie 1945, trotz siegreichem Krieg, zu ihrer eigenen Überraschung eingebüßt hatten. Heute sind die Konservativen innerlich zerrissen, ihre Führung ist schwankend und unsicher, und in weiten Kreisen scheint man in einer gewissen *Resignation* zu verharren und entschlossen, nun Labour den Abnützungsprozeß durchmachen zu lassen, den die Regierungsverantwortung automatisch mit sich bringt. Das ist freilich ein Zustand, der sich innert weniger Monate radikal ändern kann. Einer entschlossenen Opposition der Konservativen dürfte Labour nur kurze Zeit standhalten können, und die Führer der Arbeiterpartei werden sich heute schon darauf einrichten, vor der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von fünf Jahren das Volk erneut das Parlament wählen zu lassen.

Die geringe Mehrheit im Parlament wird für die neue britische Regierung unter *Harold Wilson* auf jeden Fall eine schwere Fessel bedeuten und das Kabinett in der Außenpolitik wie der Innenpolitik zu *behufter Taktik* zwingen. Das ist unter allen Umständen bedauerlich, da die Umwälzung in Moskau den Westen in den kommenden Monaten und Jahren vor schwerwiegende Entscheidungen stellen dürfte. Eine starke Regierung, die über eine ausreichende parlamentarische Basis verfügt, hat international selbstverständlich größere Autorität, als ein Kabinett, über dem ständig die Drohung eines Mißtrauensvotums schwebt. Daß Harold Wilson nur ein Team zu präsentieren vermag, das reichlich farblos wirkt, muß noch nachdenklicher stimmen. Großbritanniens neue Regierung wird zweifellos bald harten Belastungsproben ausgesetzt werden.

Fabius

DIE WAHLEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Die derzeitige demokratische Regierungspartei hofft, daß am 3. November 75 Millionen Wähler an die Urne gehen und im Verhältnis 2 : 1 zugunsten ihrer Kandidaten Johnson und Humphrey stimmen werden. Das bedeutet: 50 Millionen demokratischer Stimmen oder 66,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen!

Die größte Ernte, die die Demokraten jemals eingebracht haben, war 1936, als Präsident Franklin D. Roosevelt 60,8 Prozent, das heißt 45,6 Millionen Stimmen erhielt und in 46 der damaligen 48 Staaten obsiegte. Das war der höchste Stand, den demokratische Volkstümlichkeit je erreicht hat. Jetzt aber haben die Demokraten im Sinn, den damaligen großen Sieg noch zu übertrumpfen. Sie hoffen es durch eine massive Wahlbeteiligung zustande zu bringen und rechnen auf eine um 6 Millionen höhere Wählerzahl gegenüber der Spitze von 68,8 Millionen im Jahre 1960.

Einige demokratische Führer sprechen sogar davon, in allen 50 Staaten zu gewinnen. Vorsichtiger Fachleute allerdings, wie James A. Farley (der Roosevelts überwältigenden Sieg von 1936 mit erstaunlicher Genauigkeit voraussagte) erwarten, daß der republikanische Präsidentschaftskandidat Barry Goldwater in einigen Staaten zum Zuge kommen werde. Farley, der den Ruf genießt, Roosevelts seinerzeitige Wahlkampagne meisterhaft geleitet zu haben, sagt voraus, Goldwater werde in sechs Staaten den Sieg davontragen.

Im Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, sagt die öffentliche Meinungsforschung den Sieg Johnsons voraus. Das Gallup-Institut zeigt, daß 54,6 Prozent der Wähler sich zu Johnson bekennen, dagegen nur 21,4 Prozent auf Senator Goldwaters Seite stehen.

Johnson liegt vorn

Unlängst berichtete die New York Times, daß die Meinungsforschung einen Vorsprung von 30 Prozent oder mehr zugunsten Johnsons zeige. Das würde einen sicheren Sieg

für Johnson und seinen Mitkandidaten Senator Hubert Humphrey bedeuten — falls die Wahlen im jetzigen Zeitpunkt erfolgen würden. Obwohl Johnson aus dem Südstaat Texas stammt, weist er eine überraschend starke Anhängerschaft auch in der übrigen Teilen des Landes auf. Er ist stark in den nördlichen Industriezentren, in den landwirtschaftlichen Gebieten wie auch im Süden, obwohl gerade dort auch Stimmen absplitteln werden. Das gilt insbesondere für Louisiana, Mississippi und Alabama, wo Johnson durch seine Förderung der neuen Gesetzgebung für die Rechte der Neger (civil rights) Verärgerung hervorgerufen hat.

Johnsons Aufstieg ist begründet in seiner Haltung; es ist die des gemäßigten Politikers, der imstande gewesen ist, die verschiedensten Gruppen, sei es durch Überredung und Schmeichelei, sei es durch Druck und Einschüchterung, für sich zu gewinnen. Er hat in überzeugender Weise in der amerikanischen Öffentlichkeit von sich selbst das Bild eines Staatsmannes geschaffen, der die Dinge voranzutreiben versteht, im Kongreß die Annahme seiner Gesetze erzwingt, sich den politischen Beistand der großen Geschäftswelt wie auch liberaler Kreise und der Gewerkschaften zu sichern weiß, die öffentlichen Ausgaben einschränkt und die Steuern herabsetzt und auch Entschlußkraft beweist, wenn Krisen, wie diejenige im Golf von Tonkin, es erfordern. Als ein alter Praktiker des politischen Metiers im Kongreß hat sich Johnson den Ruf erworben, etwas geleistet zu haben, ein sicheres Urteil zu besitzen und Mäßigung zu üben. Als Präsident hat er sorgfältig seinen Stand gewählt: den des kühl handelnden Politikers inmitten aufregender Ereignisse, des mitfühlenden Freundes, wenn ein Unglück hereinbricht, des umsichtigen Unterhändlers im Augenblick der politischen Entscheidung.

Die demokratische Wahlkampagne geht einerseits von diesem Charakterbilde aus, andererseits betont sie die drei wesentlichen politischen Aspekte: Frieden, Prosperität und Fortschritt. Auf diese spricht der amerikanische Wähler an, dem es dabei nicht allzu

schwer fallen dürfte, Johnsons ehemalige Freundschaft mit Männern, die ihre Regierungsstellen zu raschem Geldverdienen ausnutzten, zu vergessen. Auch wird der Wähler wenig Notiz nehmen von Johnsons eigenem beträchtlichen Wohlstand, der auf 10 Millionen Dollar geschätzt wird und der in einem Zeitabschnitt entstand, in dem der jetzige Präsident das Amt des Führers der Demokraten im amerikanischen Senat innehatte.

In einer Zeit allgemeiner Wirtschaftsblüte in den USA und eines dauerhaft erscheinenden Friedens — geschützt durch abschreckende Nuklear-Bewaffnung — scheint der amerikanische Wähler wenig Neigung zu haben, das Schiff in gefährliche Gewässer zu steuern oder den Kapitän zu wechseln.

Goldwater und die Extremisten

Im Wahlkampf von 1964 ist eine weitverbreitete Besorgnis über die Charakterfestigkeit und Zuverlässigkeit des republikanischen Kandidaten Goldwater spürbar. Schon lange bevor die eigentliche Kampagne mit ihren Hieben und Stichen einsetzte und Goldwater zum Ziel demokratischen Spottes machte, befand er sich in einer mißlichen Lage, stets bemüht, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß er leichtsinnig, schlecht unterrichtet, verantwortungslos, überspannt und wirrköpfig sei. Goldwater hielt es mit den Leuten der äußersten Rechten und ließ seine Stimme dem Mißbehagen, der Unzufriedenheit und jenem gewissen Bodensatz an Ressentiment, das bei den Ultra-Konservativen zu finden ist. Diese Kreise stehen in Opposition zur Wohlfahrtsgesetzgebung, zur bundesstaatlichen Einkommenssteuer, zu den Civil rights und dem obersten Bundesgericht; überall wittern sie sozialistische Tendenzen.

Der Gegensatz zwischen Johnson, dem kühlen und maßvollen Manne, und dem unbeherrschten Goldwater, der im Bereich sozialer Reformen den Uhrzeiger zurückdrehen will, wird von den Demokraten in wirksamer Weise ausgenutzt. «Wollt Ihr den Schalter des Nuklearkrieges einem Manne wie Goldwater anvertrauen?» fragen die Demokraten.

Hubert Humphrey, der demokratische

Vizepräsidentschaftskandidat, hat die Widersprüche in Goldwaters Erklärungen hervorgehoben. Goldwater, so sagt er, verspricht, die Steuern und Staatsausgaben zu senken; er will den Machtbereich der Bundesregierung und des Präsidenten (zugunsten der dezentralisierten einzelstaatlichen Kompetenz) einschränken — gleichzeitig aber fordert er einen höheren Stand der Rüstung und eine stärkere Weltgeltung der USA. Goldwater verspricht, Geld zu sparen, will aber gleichzeitig 10 Milliarden Dollar für die Entwicklung eines bemannten Bombenflugzeugs auswerfen; ferner 7 Milliarden für kriegstechnische Forschung und mindestens 20 Milliarden für ein Raketen-Abwehrsystem! Dies Programm, auch bei niedrigster Veranschlagung, würde die Ausgaben der Bundesregierung um 5 Milliarden pro Jahr oder 25 Milliarden während der nächsten 5 Jahre erhöhen. Zufällig ist dies genau der gleiche Betrag, der in republikanischen Wahlreden als Einsparung gefordert wird!

Farmer und Geschäftsleute sind für Johnson

Humphrey führte weiterhin aus, daß sogar die führenden Männer der Wirtschaft sich von Goldwater zurückziehen: es sei ihnen ein unerträglicher Gedanke, daß im Weißen Haus jemand residiere, der in finanziellen Dingen so leichtfertig urteilt. Aber nicht nur die Wirtschaftsführer — Republikaner von Tradition — gehen zu Johnson über. Politische Berichterstatter sagen, daß auch Farmer, Mittelstandfamilien und Stadtrandsiedler diesen Weg gehen. Eine Überprüfung der Maisanbau-Staaten des mittleren Westens, in denen die Republikaner immer einen festen Stand hatten, zeigt, daß die Farmer der Johnson-Humphrey-Kandidatur den Vorzug geben. «Die Farmer befürchten, daß Mr. Goldwater sich in außenpolitischen Dingen als fahrlässig erweisen könnte», berichtet die New York Times aus Chicago. Ein Artikel der Baltimore Sun läßt erkennen, daß Illinois, die alte republikanische Festung aus der Eisenhower-Zeit, jetzt zu Johnson tendiert. «Goldwater is too radical», sagt die Farmersfrau des Mittelwestens. «I'm afraid he would get us into trouble», sagt der Farmer.

Die Meinungsbefragung in den Farmerstaaten zeigt, daß Johnson mit wenigstens 65 Prozent der Stimmen vor Goldwater liegt, der nur 25 bis 30 Prozent auf sich vereinigen kann. Unter dem Eindruck dieser Ergebnisse können Goldwater und seine Anhänger nichts anderes tun als die Richtigkeit der Befragung in Zweifel ziehen.

Meinungsbefragung kann täuschen

Senator Goldwater, bejubelt und ermutigt von großen Volksmengen, die ihm Beifall spenden, hat vorausgesagt, daß die Meinungsforscher, die die Befragung durchführen, am 3. November einen großen Reinfall erleben werden. Es ist verständlich, daß Goldwater ablehnend ist gegenüber Voraussagen, die ihn als kleinen Kümmerling erscheinen lassen. Aber andere Leute mit weniger subjektivem Urteil stellen gleichfalls die Frage nach der Richtigkeit des befragten Personenkreises. Time Magazine hat dieser Diskussion eine Seite gewidmet und warnt vor einem vorschnellen Urteil.

Was die politischen Voraussagen in diesem Jahre schwieriger macht, ist die Vielfalt unbekannter Faktoren. Die vereinfachenden Formeln früherer Präsidentenwahlen gelten diesmal nicht. Der «solid south», die unbeirrbar Südstaaten, sind nicht mehr so unbeirrbar. Es ist durchaus nicht mehr sicher, daß im Süden, wo man immer demokratisch war, durchwegs für Lyndon Johnson gestimmt werden wird. Viele Leute dort sind verärgert über die neue Gesetzgebung zugunsten der Neger und die Unterstützung der Negerforderungen durch die Bundesregierung. Das kommt den Republikanern zugute; die republikanische Partei wächst in den Südstaaten. Werden diese neuen Republikaner sich als stark genug erweisen, um Johnson in ihren Staaten zu schlagen?

Auch die sonderbare Erscheinung des «backlash» muß beachtet werden. Es ist die weiße Reaktion auf den in den letzten Jahren erfolgten Aufstieg der Neger. In den großen Industriestädten des Nordens, in denen die Demokraten im allgemeinen die Wahlen beherrschen, gibt es Anzeichen, daß gewisse Gruppen zu Goldwater hinneigen. Sie fürch-

ten für ihre Arbeitsplätze und Wohnsiedlungen, wenn die Neger hereindringen und gleiches Recht auf Arbeit, Wohnung und Schule geltend machen. Negerunruhen in amerikanischen Städten haben diese im stillen gehegten Sorgen ins politische Tageslicht gerückt. Wie viele dieser nördlichen Stadtbewohner werden mit den Südstaatlern einig gehen in ihrem Protest gegen die Neger, die ihre Civil rights nun auch bestätigt sehen wollen?

Barry Goldwater und sein scharfzüngiger Mitkandidat William Miller (ein New Yorker Kongreß-Abgeordneter) haben diese nur unbestimmten und manchmal nur undeutlich gefühlten Befürchtungen der amerikanischen Wählerschaft — Furcht vor Negereinwanderung in weiße Wohnviertel, Furcht vor Aufruhr und Gewalttat, Furcht vor Negerherrschaft auf Grund von Überzahl oder Einheitrat — eifrig ausgenützt. Goldwaters Wahlkampagne bewegt sich in einem Dunst von Furcht und Mißbehagen, das gewisse amerikanische Kreise ergriffen hat, in denen man sich nach den guten alten Tagen des 18. und 19. Jahrhunderts zurücksehnt, als viele Dinge sich von selber regelten, neue Gebiete sich auftaten, als von einer zentralen Bundesgewalt nicht viel zu merken war und keine Bundessteuern erhoben wurden. Wie viele Amerikaner von diesen Gedanken und Gefühlen bewegt und bedrängt sind, wie viele es sind, die wirklich glauben, daß Goldwater die Bundessteuern senken und die Bundesregierung in ihrem Umfang und Einfluß beschränken kann und die willens sind, die Zukunft Amerikas Goldwater anzuvertrauen — das wird vor dem 3. November nicht zu ermitteln sein.

Aber die Mehrzahl der politischen Sachkenner wie auch der Unterzeichnete (der sich nicht zu den Experten zählt) sind der Ansicht, daß die unruhigen Geister in der Minderzahl sind und die Mehrheit der Amerikaner nicht den Wunsch hat, Goldwater auf die Kommandobrücke zu stellen. Mit anderen Worten: sie erwarten, daß Präsident Johnson und Senator Humphrey im November mit einem mächtigen Vorsprung das Rennen gewinnen werden.

Lloyd Norman

DAS WELTJUGENDFORUM IN MOSKAU

«Gegen den Imperialismus, gegen den Kolonialismus, gegen den Neokolonialismus» war die Phrase, welche die Dolmetscher am Moskauer «Weltjugendforum» am meisten wiederholen mußten. Sie war das Leitmotiv einer Konferenz, zu der über tausend Studenten und Jugendführer aus rund 120 Ländern vom 16. bis 24. September in die sowjetische Hauptstadt gekommen waren, um über neue Wege der internationalen Verständigung zu diskutieren. Wie erwartet, entpuppte sich die «Diskussion» zu einer einzigen Manifestation der sowjetischen Verbundenheit und Freundschaft mit den Entwicklungsländern. Die Eintönigkeit der Veranstaltung wurde lediglich durch die chinesische Opposition zeitweilig durchbrochen.

Der Durchführung des Forums stand somit wiederum das vielgesichtige Werben des Kommunismus um die Gunst der Jugend in den Entwicklungsländern Pate. Neben den Gastgebern, der großen russischen Delegation und der interessanten, rebellischen chinesischen Gruppe standen die umworbenen farbigen «Delegatsi» eindeutig im Mittelpunkt des Geschehens. Während aber die kommunistischen Jugendfestivals, von denen das achte 1962 in Helsinki stattfand, diese Werbung auf der breiteren Basis munterer Lustbarkeiten wie Spiel, Gesang, Tanz in einer Atmosphäre betreiben, wie sie etwa in Jugendherbergen anzutreffen sind, soll die Forums-Variante den Kontakt zwischen der farbigen Intelligenz und der jungen Akademiker- und politischen Führerschicht in den kommunistischen Ländern herstellen oder vertiefen. Das diesjährige zweite Forum — das erste fand 1961 in Moskau statt — war im Februar 1964 auf der von den italienischen Kommunisten veranstalteten Friedenskonferenz in Florenz beschlossen worden. Der Vorschlag kam vom Chef des Komsmol (= Jugendorganisation der sowjetischen KP), Pawlow, der in Moskau die russische Delegation anführte.

Über Zusammensetzung und Umfang der einzelnen Delegationen läßt sich nichts Bestimmtes aussagen, da die Konferenzleitung sich bis zum Schluß weigerte, eine Teilneh-

merliste herauszugeben. Die Begründung, gewisse Delegierte aus Afrika, Asien und Lateinamerika wären durch das Bekanntwerden ihres Moskauer Aufenthaltes zu Hause gefährdet, mag für einige Länder zutreffen. Immerhin konnten wir im Gespräch feststellen, daß viele farbige Teilnehmer im Ostblock studieren. Andere gehörten dem Klub der von Konferenz zu Konferenz eilenden Mächtegern-Politiker an. Der Rest kam direkt aus der Heimat.

Die Bedeutung, welche die Sowjets dem Forum beimaßen, trat durch seinen äußeren Rahmen zutage: Die Konferenz wurde im hypermodernen Kongreßpalast des Kremls durch den sowjetischen Parteichef persönlich eröffnet. Wenige Tage später fand am gleichen Ort ein Lunch-Empfang für die über 1000 Delegierten statt, während der Ministerpräsident Chruschtschew, flankiert vom Staatspräsidenten Mikojan und weiteren hohen Regierungsvertretern, eine einstündige Rede hielt. Sowjetische Wissenschaftler, darunter der Erbauer des Assuandammes, sowie die Kosmonauten Gagarin und Tereschkowa wurden zu einer Aussprache mit den Delegatsi bemüht. Neben den üblichen Transparenten war die Stadt mit Willkommenssprüchen für die Friedenskämpfer aus aller Welt geschmückt. In vielen Schaufenstern — zumindest an den Konferenzwegen — lag das Forumsplakat. Alle Teilnehmer wurden ständig von eigenen Dolmetschern betreut, die in der Regel Studenten der ausgezeichneten Sprachinstitute von Moskau waren. Diese Institute vermitteln perfekte Kenntnisse auch in schwierigen afrikanischen und asiatischen Sprachen. Wichtig befundenen Delegierten stand jederzeit ein Aufgebot von über 20 Privatwagen mit Chauffeur zur Verfügung. Die übrigen wurden per Bus transportiert.

Schließlich hatten die konferenzzmüden Delegierten in einem Rahmenprogramm Gelegenheit, höhere Lehranstalten, eine Kolchose, eine Maschinenfabrik sowie staatliche Organismen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zu besuchen. Diese Ausflüge trugen jedoch ausnahmslos den Charakter pathetischer Solidaritätskundgebun-

gen und vermittelten kaum ernsthafte, objektive Information. Als Beispiel sei kurz erzählt, was sich am 22. September beim Besuch einer Moskauer Maschinenfabrik zutrug. Während zweieinhalb Stunden steht die Arbeit in einem Saal mit etwa 250 Arbeitern still, um einer Gruppe farbiger Forumsteilnehmer Gelegenheit zu scharfen Reden gegen Imperialismus und Kolonialismus zu geben. Die Arbeiter horchen, rauchen, applaudieren höflich. Die jüngeren amüsieren sich, die älteren sind froh über die Pause. Inzwischen ist es Mittag geworden. Nur ein kleines Grüppchen unentwegte Delegierte findet sich zu dem interessanten, aufschlußreichen Rundgang und zum Kontakt mit Arbeitern und Angestellten bereit, die sachkundig und ohne Zögern Auskunft geben. Der Großteil der Delegationsmitglieder ist sofort nach der Kundgebung zum Hotel zurückgefahren.

Auffallend war, daß an allen Rahmenveranstaltungen oft mehr als die Hälfte der Teilnehmer Russen waren, die als politische Claque zu Gesang, Hurrah-Rufen und Klat-schen-im-Takt animierten. Die organisierte, hektische Fröhlichkeit seitens der jungen Russen, die einem zwar überaus freundlichen, hilfsbereiten, aber in sich gekehrten, zur spontanen Munterkeit nicht geschaffenen Volk angehören, berührte peinlich.

An greifbaren Ergebnissen fiel die Konferenz denkbar mager aus. Plenarversammlungen und Kommissionssitzungen waren, trotz verschiedener Arbeitsgebiete, beherrscht vom «Kampf um den Frieden» und streitbaren Aufrufen zur Beseitigung vom neokolonialistischen Imperialismus sowie stürmischen Solidaritätsbezeugungen mit «befreiten» und «unterdrückten» Völkern. (Eine Veranstaltung, die als Diskussion über das Deutschlandproblem angekündigt war, erwies sich als Solidaritätsmeeting mit der DDR. Junge Westdeutsche, denen als Beobachter das Diskussionsrecht zukam, wurden niedergeschrien.) Das große Thema der Konferenz wurde sehr effektiv unterstrichen durch geschickt aufgebaute Ausstellungen über den Krieg auf Zypern und in Vietnam, ferner über die Apartheid in Südafrika, die mit einem Prozeß (in contumaciam) gegen Premierminister Verwoerd gekoppelt

wurde. Nach dem mißlungenen 24stündigen Staatsstreich in Südvietnam vom 14./15. September wurde ein ganzer Konferenztag der Solidarität mit Vietnam geopfert. Auch der Konflikt Moskau-Peking ergab weniger als erwartet. Die Chinesen traten zwar immer wieder als Störefriede auf, vermochten aber die einheitliche Front der übrigen Delegationen nicht zu durchbrechen. Nur die Nordkoreaner leisteten ihnen Schützenhilfe.

Von kaum schätzbarem Wert aber sind Veranstaltungen wie das Forum für Moskau vom psychologischen Standpunkt aus gesehen. Das internationale Gepräge und der äußere Glanz schmeichelt dem Prestigebedürfnis der Delegierten aus den jungen Staaten. Wie uns ein indischer Delegierter erklärte, der sich enttäuscht über den rein propagandistischen Verlauf des Forums von der sowjetischen Werbetrommel abgewandt hatte, schätzen die meisten Vertreter der dritten Welt die intensive Betreuung (deren Kontrollfunktionen die wenigsten durchschauen), da sie ihnen den Eindruck vermittelt, für voll genommen zu werden. Durch Mangel an Initiative oder Furcht vor dem Unbekannten an den Übersetzer-Betreuer gefesselt, sehen die meisten nur das Bild von Moskau, das sie sehen sollen. Das systematisch organisierte, rhythmische Klat-schen, Rufen, Hinundherwiegen und Singen stößt bei den Jungen aus Afrika, Asien und Lateinamerika auf eine große natürliche Begeisterung. Daß am Forum auch viele ausgezeichnet geschulte farbige Kommunisten, die im Ostblock studieren, zum Einsatz kamen, verfehlte kaum die Wirkung auf die Kameraden aus der Heimat. Die meisten farbigen Delegatsi wurden nach Schluß der Konferenz noch zu einem mehrtägigen Aufenthalt in verschiedene Teile der Sowjetunion eingeladen, eine Nachbehandlung, in deren Genuß auch wichtige Teilnehmer der Jugendfestivals von Wien und Helsinki kamen.

All dies macht nun freilich aus den Studenten und Jugendführern aus Entwicklungsländern, die eigens zum Forum nach Moskau kamen, noch nicht unbedingt Kommunisten. Die meisten kehren kaum als Anhänger Lenins in ihre Heimatländer zurück;

aber sie werden künftig der Sowjetunion gegenüber eine wohlwollende Haltung einnehmen, selbst wenn sie den Kommunismus für ihr eigenes Land ablehnen. Der Empfang war herzlich, die Atmosphäre freundlich, die Begeisterung echt. Man trank Milch auf der Kolchosa, drückte Chruschtschow die Hand und unterhielt sich mit Kosmonaut Gagarin. Die Sowjetunion war auch ein armes Land und hat es in kurzer Zeit zu etwas gebracht. Gerade die in unseren westlichen Augen vielfach ärmlichen, überholten Einrichtungen (zum Beispiel die Milchwirtschaft auf der Kolchosa) unterstreicht die Verwandtschaft mit den armen Entwicklungsländern. Die Bewunderung für die sowjetischen Errenschaften des täglichen Lebens ist größer als für die westlichen, da jene für farbige Politiker im Rahmen des Erreichbaren liegen. Die farbigen Delegatsi reagierten folgsam, eifrig, wenige kritisch, manche fanatisch begeistert auf das kommunistische Werben. Kampf für den Frieden und gegen den Kolonialismus — wer sollte da nicht mittun.

Die Schaffung von Goodwill für die Sowjetunion und den Kommunismus dürfte deshalb der Hauptzweck von Veranstaltungen wie Forum und Jugendfestival sein. Die Kritik eines im übrigen mehr oder weniger linientreuen osteuropäischen Journalisten, die Konferenz sei zum Scheitern verurteilt, da sich die Teilnehmer «wie Große» aufführten und Probleme internationaler Tragweite «wie eine UNO» zu lösen versuchten, ist eine westeuropäische, nichtkommunisti-

sche Argumentation. Thema und Rahmen der Konferenz garantieren für ihren Erfolg. Der Konflikt mit Peking trug zwar zur Spannung (für die außenstehenden Afrikaner und Lateinamerikaner zur Unterhaltung) bei, war aber für den Verlauf der Konferenz nebensächlich.

Soll der Westen tatenlos zusehen, wie der Kommunismus auf eine zwar kostspielige, aber geistig billige Art die junge Intelligenz der Entwicklungsländer für sich einnimmt? Der Westen kann natürlich solche Veranstaltungen nicht verhindern. Aber gibt es vielleicht einen Weg, sie politisch zu entschärfen, zu neutralisieren?

Zu paritätischer Organisation solcher Veranstaltungen durch Ost und West gemeinsam (— zum Beispiel unter der Ägide der UNO oder UNESCO —), was zur Entpolitisierung dieser Veranstaltungen führen würde, sind die Kommunisten aus begreiflichen Gründen nicht bereit. Das Jugendfestival war ihre Idee, und sie machen gute Erfahrungen damit. Die Durchführung analoger Festivitäten durch den Westen ergäbe ein unkluges Konkurrenzverhältnis zum Osten und läge gewiß nicht im Sinne der angestrebten Entspannungspolitik. Als einzige Möglichkeit zeichnet sich ab: massive reguläre Teilnahme westlicher Jugendverbände an kommunistisch inspirierten Festivals und Konferenzen, um diesen Treffen den sterilen, aber wirksamen Hurracharakter zu nehmen und sie auf den Boden echter, fruchtbarer Diskussion zu stellen. rr

XIII. GIESSBACH-SEMINAR IM ZEICHEN DER KONJUNKTUR-DEBATTE

Das Interesse und die wachsende Beliebtheit, deren sich das vom *Redressement National* nun schon zum dreizehnten Mal durchgeführte Gießbach-Seminar erfreut, geht am deutlichsten aus der stets steigenden Teilnehmerzahl hervor. Nicht weniger als 45 namhafte Vertreter aus Wirtschaft und Politik, zu denen sich eine ungefähr gleich große Zahl von Studenten gesellte, fanden sich dieses Jahr

für 2 Tage im romantisch gelegenen Parkhotel Gießbach ein. Die angenehme, ruhige Lage des Tagungsortes trug sicher mit dazu bei, daß auch dieses Jahr wieder ein Hauptziel des Seminars erreicht wurde, nämlich die Kontaktnahme und der Gedankenaustausch zwischen den Männern, die heute an den Schalthebeln von Wirtschaft und Politik stehen, und den Vertretern jener Generation,

die diese Verantwortung morgen zu übernehmen hat. Daß eine umsichtige und sorgfältig vorbereitete Organisation der Tagung auf diskrete Weise mithalf, diese Kontaktnahme zu verwirklichen, sei auch hier nochmals dankbar vermerkt.

Der Hauptteil des diesjährigen Seminars war dem Thema *Konjunkturpolitik* gewidmet. Daß dieses hochaktuelle Thema trotz der vielen Druckerschwärze, die in den letzten Monaten darauf verwendet wurde, noch keineswegs erschöpft ist, zeigte der ausgesprochen lebhafte Verlauf der verschiedenen Debatten. Es darf hier die Feststellung vorweggenommen werden, daß dieses Gespräch allen Teilnehmern des Seminars — einschließlich derjenigen, die sich sozusagen vollamtlich mit diesen Fragen beschäftigen — sicher zu einem vertieften und verbesserten Einblick in die außerordentlich komplexen Zusammenhänge der Konjunkturpolitik verholfen hat. Dieser Einblick bestand nicht zuletzt in der Erkenntnis, welch unterschiedliche Ansichten zu dieser Frage — teils überzeugend, teils weniger stichhaltig geäußert — auch heute noch anzutreffen sind.

Die Grundlage zu den nachfolgenden Diskussionen bildete ein vorzügliches Referat von Professor Dr. H. Würgler über die *Möglichkeiten und Grenzen einer schweizerischen Konjunkturpolitik*. Professor Würgler skizzierte zu Beginn seines Vortrags das *magische Fünfeck*, das die wichtigsten Ziele jeder Art von Wirtschaftspolitik umfaßt: Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Gleichgewicht der Zahlungsbilanz und schließlich eine optimale Einkommensverteilung. Jede wirtschaftspolitische Maßnahme stellt letztlich ein Optimierungsproblem innerhalb dieses Fünfecks dar, wobei aber je nachdem einzelne Ziele stärker betont oder sogar zugunsten anderer vernachlässigt werden. Die gegenwärtige konjunkturelle Lage der Schweiz läßt sich dahingehend umschreiben, daß auf dem Arbeitsmarkt mehr als Vollbeschäftigung herrscht, das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz seit 1960 infolge ungewöhnlich großer Kapitalimporte gestört ist und als Folge davon eine Teuerung eingetreten ist, die in einzelnen Sektoren, wie etwa dem Bauwesen, 8—10% pro Jahr erreicht. Seit 1959

befindet sich deshalb die schweizerische Wirtschaft nicht mehr im Zustand des Gleichgewichts.

Die Hauptursache unserer gegenwärtigen Inflation bildet das Auseinanderklaffen von Sparen und Investieren, das sich in der sogenannten *Sparlücke* manifestiert. Als Sparlücke, so stellte Professor Würgler in wertvoller begrifflicher Präzisierung fest, kann man wohl den Fehlbetrag der Ertragsbilanz bezeichnen, aber um die für die Konjunkturpolitik relevante Sparlücke handelt es sich dabei nicht. Die konjunkturpolitisch entscheidende Sparlücke ist vielmehr jene hypothetische Größe, die der Differenz zwischen beabsichtigter Investition und geplantem Sparen entspricht. Soll diese Sparlücke nun im Zuge der Inflationsbekämpfung geschlossen werden, muß man sich darüber klar werden, bei welcher Ersparnisquote stabilisiert werden soll, das heißt, ob der Investitionswille auf die heute in der Schweiz offensichtlich unzulängliche eigene Spartätigkeit eingeschränkt werden oder ob das Sparen vermehrt werden kann und soll. Bei einer starken Einschränkung des Investitionswillens müßte man allerdings nachteilige Auswirkungen auf Wachstum und Produktivitätserhöhung in Kauf nehmen. In diesem Zusammenhang vermißt Professor Würgler an der bundesrätlichen Botschaft zur Teuerungsbekämpfung, daß sie sich zur Frage einer Beeinflussung des Konsums nur am Rande ausgesprochen hat. Nach den Grundsätzen einer freien Marktwirtschaft würde der *Zins* als selbstregulierender Mechanismus einen Ausgleich zwischen Sparen und Investieren herbeiführen, indem höhere Zinssätze sowohl die Investitionen drosseln wie auch das Sparen fördern würden. Heute stellt es sich mit aller Deutlichkeit heraus, wie verfehlt deshalb die in der Schweiz seit Jahren befolgte Politik einer künstlichen Tiefhaltung der Zinssätze gewesen ist. Künftig sollte nach Professor Würgler der Entwicklung der Zinssätze freier Lauf gelassen werden, wobei der Staat nur mit den Mitteln der Diskont- und Offenmarktpolitik im Kapitalmarkt eingreifen sollte.

Ein zweites Hauptproblem jeder Wirtschaftspolitik bildet sodann das Verhältnis,

beziehungsweise die *Abgrenzung zwischen privaten und staatlichen Investitionen*. Auch dieses Problem muß folgerichtig unter den Gesichtspunkten des eingangs beschriebenen «magischen Fünfecks» betrachtet werden. Wenn man dabei von den Fragen der optimalen Investitionsquote, der Produktivität und des Wachstums ausgeht, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß hinsichtlich der *Infrastruktur* — das heißt jener Investitionen, die nicht direkt produktiv sind, jedoch unerläßliche Voraussetzung für den Aufbau einer Wirtschaft darstellen — in der Schweiz heute ein großer *Nachholbedarf* herrscht. Schon hier kam aber die Ansicht zum Ausdruck, die in der nachfolgenden Diskussion noch mehrmals bekräftigt werden sollte, daß sich in der Schweiz nicht nur der komplizierte Aufbau unseres Staatswesens, sondern auch ein *unangebrachter Perfektionismus* stark verteuern auf diese öffentlichen Investitionen in Verkehr, Versorgungsanlagen, Schulhausbauten und so weiter auswirkt.

Anschließend wurde dieser weite Themenkreis in einem *Gespräch am runden Tisch* behandelt, an welchem die Herren Dr. H. Allemann (Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement), H. Allenspach (Redaktor der Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung), Dr. O. Fischer vom Schweizerischen Gewerbeverband, Dr. J. Lademann (Nationalbank), Dr. H. Mast (Schweizerische Kreditanstalt) und der Referent, Professor Würgler, teilnahmen. Dieses Gespräch wie auch die nachfolgende Arbeit in drei Diskussionsgruppen mit besonderen Themenkreisen erhielten dadurch einen besonders wirklichkeitsnahen Akzent, daß die anwesenden Vertreter der Privatwirtschaft ihre Ansichten keineswegs zurückhielten, sich dabei aber auch sehr gewandten Vertretern des Standpunktes des Bundesrates gegenübersehen. Es bildete sich unter diesen Umständen eine deutliche Front *Privatwirtschaft-Staat*, wobei «Bern» unter heftigen Beschuß geriet. Zunächst wurde dabei der Vorwurf an die Bundesregierung gerichtet, daß sie von der Privatwirtschaft ein Verhalten verlange, für das sie selbst alles andere als ein gutes Beispiel liefere, wie aus der Personalpolitik des Bun-

des oder der vorgesehenen SBB-Tariferhöhung hervorgehe. Darüber hinaus wurde das starke *Wachstum der Bundesaussgaben*, die sich in wenigen Jahren verdoppelt haben, beklagt. Ein Vorschlag seitens eines Verbandsvertreters auf eine generelle Kürzung der Bundesaussgaben um 10% oder zumindest eine Zuwachsbeschränkung auf die Wachstumsrate des Sozialprodukts fand wohl deshalb keine mehrheitliche Zustimmung im Plenum, weil wie die meisten solchen Vorstöße auch dieser daran krankte, sich auf allgemeine Forderungen zu beschränken, und nicht zu sagen wagte, wo konkrete Abstriche gemacht werden sollten. Die Vertreter des bundesrätlichen Standpunktes machten demgegenüber geltend, daß über 90% der Bundesaussgaben durch Beschlüsse des Parlamentes festgelegt sind — und zwar durch Beschlüsse, die sehr oft auf Vorstöße gerade jener Leute zurückgehen, die bei anderer Gelegenheit den Bundesrat einer maßlosen Ausgabenpolitik bezichtigen. Überdies betonten sie, daß die Ausgaben der Kantone und Gemeinden zusammen mehr ausmachen als diejenigen des Bundes und daß insbesondere im Bausektor der Anteil des Bundes an den gesamten öffentlichen Bauten nur knapp einen Sechstel beträgt.

Die Mehrheit der Anwesenden stimmte offensichtlich der schon von Professor Würgler vertretenen These zu, daß bei der Infrastruktur unseres Landes noch ein gewaltiger Nachholbedarf zu decken sei. Einigkeit herrschte auch hinsichtlich der Forderung, daß zur besseren zeitlichen Koordination und zur Abstimmung auf die wirkliche Kapazität der Bauwirtschaft ein Fünf- bis Zehnjahresprogramm aller öffentlichen Ausgaben, einschließlich derjenigen von Kantonen und Gemeinden, zu erstellen sei, wovon man sich auch einen neuen Ansporn für die sparsame Verwaltung der Gelder der öffentlichen Hand versprechen darf. Die Notwendigkeit zielstrebigter Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation wurde allseits anerkannt, wobei auch die Vertreter der Verbände der Privatwirtschaft feststellten, daß diese «Schlankheitskur» nicht ohne entsprechendes Wehklagen bei den direkt Betroffenen abgewikkelt werden könne. Es schien wie eine Bestä-

tigung dieser Prognose, daß die anwesenden Vertreter des Gewerbes und vor allem der Bauwirtschaft erklärten, es handle sich beim Bau- und beim Finanzbeschluß um zwei völlig verschiedene, unabhängige Dinge, während ein Bankfachmann darauf beharrte, daß diese beiden Beschlüsse von Anfang an als «siamesische Zwillinge» konzipiert und auch bei der kommenden Volksabstimmung als solche zu behandeln seien.

In der *Arbeit der Diskussionsgruppen* fanden aus dem umfangreichen Katalog von Problemen und Vorschlägen die Fragen der Währungs- und Wettbewerbspolitik sowie der Arbeitszeit besonderes Interesse. Die Forderung nach einer vorübergehenden *Erhöhung der Arbeitszeit* oder zumindest einer Verzichtserklärung auf weitere Verkürzungen wurde einmal mehr mit Nachdruck gestellt; eine einfache Rechnung zeigt, daß jede Stunde Arbeitszeitverkürzung in unserem Land den Einsatz von zusätzlichen 50 000 Fremdarbeitern erfordert. Verschiedene Voten befaßten sich sodann mit Maßnahmen zur *Förderung des Sparens* — so zum Beispiel die Auflage einer Sparanleihe mit Zinszuschuß des Bundes —, vermochten aber die Bedenken gegen ihre praktische Realisierbarkeit nicht ganz zu zerstreuen. Wohltuend wirkte nach dieser doch recht anspruchsvollen Diskussion das Schlußwort des Vizepräsidenten des Redressement National, Dr. *Heinrich Spoerry*, der daran erinnerte, daß der Zweck der Konjunkturdämpfungsmaßnahmen nicht in der Erzeugung eines statischen, sondern in der Wiederherstellung eines dynamischen Gleichgewichts für unsere Wirt-

schaft liege. Auch wenn in unserer modernen Wirtschaft ein immer größeres Maß von Organisation und ordnenden Eingriffen unerläßlich sei, werde doch letzten Endes der Inhalt dieses Systems noch immer durch den Willen und die Haltung der Menschen geprägt, die seinen täglichen Gang bestimmen.

Leider geriet das zweite Thema des diesjährigen Gießbach-Seminars, die Frage des *Ausbaus des Staatsvertrags-Referendums*, im Schatten der hitzigen Konjunkturdebatte unverdienterweise in eine Außenseiterrolle. Trotzdem vermochten Dr. P. Rochat und Thomas Fleiner, die über die in einer Studienkommission des Redressement National bereits geleistete Vorarbeit berichteten, die Anwesenden davon zu überzeugen, daß in dieser Hinsicht eine Anpassung unserer Verfassung notwendig ist. Das heute geltende System garantiert nicht, daß auf dem Gebiete der Außenbeziehungen Entscheide von ähnlicher Tragweite wie Verfassungsänderungen dem obligatorischen, solche von der Bedeutung der Gesetzgebung dem fakultativen Referendum unterliegen. Vielmehr ist das Unterscheidungsmerkmal für die Unterstellung unter das fakultative Referendum völlig unzulänglich, da es lediglich auf das leicht zu umgehende Kriterium der Dauer eines Vertrags ankommt. Auf Grund der Arbeit dieses Kreises wird deshalb eine Verfassungsinitiative erwogen, die mit einem neuen Art. 89ter die Abgrenzung der Staatsverträge nach ihrer Bedeutung sinnvoller ordnen will.

Hanspeter Enderlin